

Potsdamer Bürgerbegehren für einen Mietendeckel im städtischen Wohnungsbestand



KONTAKT

Bürgerbegehren Mietendeckel Potsdam
c/o Kulturzentrum freiLand
Friedrich-Engels-Str. 22
14473 Potsdam

Mietendeckel-Potsdam@web.de
www.mietendeckel-potsdam.de

VERTRAUENSPERSON
Verena Reininger

**STELLV.
VERTRAUENSPERSON**
Anja Heigl

Nr.	Name, Vorname	Geburtsdatum	Straße, Hausnummer	PLZ, Wohnort	Datum	Unterschrift
1						
2						
3						
4						
5						

Die Unterzeichnenden beantragen, dass folgende Frage gemäß § 15 der Brandenburgischen Kommunalverfassung zum Bürgerentscheid gestellt wird:

Unterstützen Sie die Forderung, dass der Oberbürgermeister – auch in seiner Funktion als Vertreter in der Gesellschafterversammlung städtischer Betriebe – beauftragt wird, im Wohnungsbestand der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer städtischen Betriebe alle Mieterhöhungen zu unterbinden, die mehr als 1% der Kaltmiete innerhalb der letzten 5 Jahre betragen?

BEGRÜNDUNG

Seit Jahren passen nicht nur private Eigentümer*innen, sondern auch die Stadt Potsdam und ihr Wohnungsunternehmen ProPotsdam GmbH die Wohnungsmieten regelmäßig an den Mietspiegel an. Dies führt dazu, dass die ortsüblichen Vergleichsmieten steigen und der Mietspiegel bei jeder Aktualisierung höhere Kaltmieten pro Quadratmeter ausweist. Das wiederum stellt dann die Begründung für die nächsten Mieterhöhungen dar.

Diese Entwicklung widerspricht den wohnungspolitischen Zielsetzungen der Landeshauptstadt Potsdam. Stabile Mietpreise im städtischen Wohnungsbestand bremsen den Anstieg der Vergleichsmieten im Mietspiegel und damit die Mieterhöhungen auch im privaten Wohnungsbestand.

Mit dem Bürgerbegehren sollen die Mieterhöhungen im städtischen Wohnungsbestand auf 1% innerhalb von 5 Jahren begrenzt werden. Durch die Möglichkeit, die Mieten geringfügig zu erhöhen, soll gleichzeitig sichergestellt werden, dass der Mietendeckel im städtischen Wohnungsbestand sich im Mietspiegel niederschlägt.

KOSTENSCHÄTZUNG

Die Kostenschätzung des Potsdamer Oberbürgermeisters vom 10.05.2021 befindet sich auf der Rückseite der Unterschriftenliste.

Kostenschätzung des Oberbürgermeisters vom 10.05.2021

»Durch den Mietendeckel

- fehlen für den sozialen Wohnungsbau bis 2030 mindestens 200 Mio. €, davon 50 Mio. € Fördermittel
- summieren sich die Einnahmeausfälle der ProPotsdam
 - bis 2030 auf über 30 Mio. €,
 - bis 2040 auf über 150 Mio. €,
 - bis 2050 auf über 350 Mio. €,
- fehlen diese Eigenmittel für nachhaltige Stadtentwicklung, insbesondere auch für den LHP Masterplan 100% Klimaschutz.

Diese negativen Auswirkungen wären nur vermeidbar, wenn

- die Pro Potsdam Wohnhäuser im Wert von mindestens 350 Mio. € bis 2050 verkauft oder
- die Landeshauptstadt Potsdam einen Ausgleich aus dem Haushalt in gleicher Höhe leistet.

Das Geld fehlt der Stadt bei einem Kostenausgleich dauerhaft für die Sicherung der kommunalen Aufgaben für alle Potsdamer Bürgerinnen und Bürger.

In der Kostenschätzung nicht beziffert sind voraussichtliche Steuerausfälle sowie negative Effekte für das lokale Gewerbe und den regionalen Arbeitsmarkt.«